ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Jäger, Philipp

**Research Report**

# Alternde Wählerschaft führt zu weniger öffentlichen Investitionen

RWI Impact Notes

**Provided in Cooperation with:**
RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

*Suggested Citation:* Jäger, Philipp (2016) : Alternde Wählerschaft führt zu weniger öffentlichen Investitionen, RWI Impact Notes, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/141308

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

# Alternde Wählerschaft führt zu weniger öffentlichen Investitionen

## Hohe Staatsverschuldung liefert nur einen Teil der Erklärung für den seit vier Jahrzehnten anhaltenden Rückgang von Investitionen in Infrastruktur

*Öffentliche Investitionen, etwa in die Infrastruktur, gehen seit vier Jahrzehnten zurück. Eine neue RWI-Studie zeigt für 13 OECD-Länder erstmals den negativen Zusammenhang dieser Entwicklung mit einer immer älter werdenden Bevölkerung. Da Senioren andere Zeitpräferenzen haben als Menschen, die noch im Berufsleben stehen, beeinflussen sie durch ihren größer werdenden Anteil an der Wählerschaft die programmatische Ausrichtung der Parteien und damit die Ausgaben der öffentlichen Hand.*

*Kontakt:* Philipp Jäger, philipp.jaeger@rwi-essen.de

### DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

Seit vier Jahrzehnten gehen die öffentlichen Investitionen in den meisten entwickelten Industrieländern zurück

Fiskalische Zwänge liefern nicht die Haupterklärung – es gibt einen negativen Zusammenhang zwischen alternder Bevölkerung und Investitionen

Um das gesamtwirtschaftliche Interesse im Blick zu behalten, sollte über eine weitere Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters sowie eine stärkere Nutzerfinanzierung von Infrastruktur nachgedacht werden

### Wie haben sich die öffentlichen Investitionen in der Vergangenheit entwickelt?

In den letzten vier Jahrzehnten sind öffentliche Investitionen, etwa in Infrastruktur, in den meisten entwickelten Industrieländern im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung kontinuierlich und stark zurückgegangen. Wurden in den vom RWI untersuchten 13 OECD-Ländern, darunter Deutschland, Großbritannien, Japan und die USA, im Jahr 1971 noch im Durchschnitt 4,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) investiert, lag dieser Anteil im Jahr 2007 nur noch bei rund 2,4 Prozent. Dieser Trend steht im Widerspruch dazu, dass die Rendite von öffentlichen Investitionen in der Regel hoch ist.

### Welche Gründe hat der Rückgang?

Die bisher am häufigsten angeführte Erklärung sind fiskalische Zwänge, also hohe Schulden der öffentlichen Hand und daraus resultierende Sparbemühungen. Da das Kürzen von Investitionen für die Wählerschaft kurzfristig wenig spürbar ist, lautet ein gängiges Argument, dass Politiker lieber diesen Weg gehen, als woanders einzusparen. Doch zeigen aktuelle Forschungsergebnisse: Der Ansatz liefert keine vollständige Erklärung. Bei genauer Betrachtung der Jahre 1971 bis 2007 wird deutlich, dass sich die Investitionen auch in Zeiten, in denen wirtschaftlich Mehrausgaben möglich gewesen wären, nicht erholt haben. Eine RWI-Studie zeigt jetzt erstmals den negativen Zusammenhang zwischen öffentlichen Investitionen und dem steigenden Anteil von über 65-Jährigen in einer Wahlbevölkerung auf: Je mehr Senioren in einem Land leben, desto wahrscheinlicher ist ein Rückgang bei den öffentlichen Investitionen. Der Effekt zeigt sich unabhängig davon, welche Kontrollvariablen die Analyse mit einbezieht, und ist für alle 13 untersuchten OECD-Länder beobachtbar.

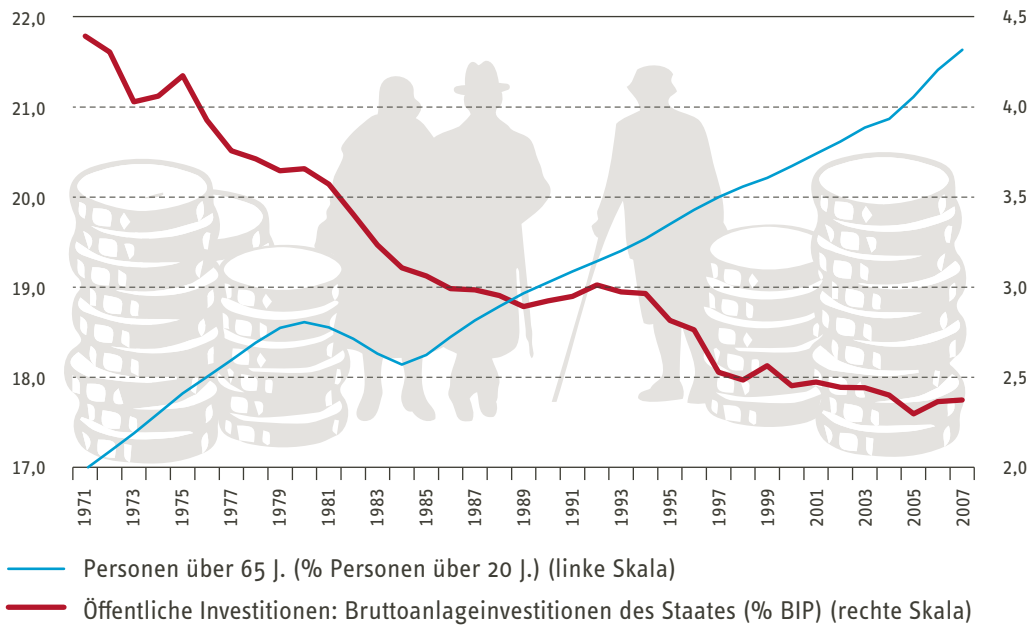
### Woran liegt es, dass eine Demokratie mit alternder Bevölkerung weniger investiert?

Präferenzen von Menschen verändern sich mit dem Alter. Aus Laborstudien wissen wir, dass Senioren künftigen Gewinnen weniger Wert beimessen als Menschen, die aktiv im Berufsleben stehen. Ältere Menschen entwickeln eine stärkere Präferenz für die Gegenwart. Der durch eine Investition zu erzielende Gewinn muss für Senioren daher deutlich höher sein als für Erwerbstätige, damit sie diese befürworten. Diese Verschiebung von Präferenzen hat in einer Demokratie mit alternder Bevölkerung Folgen für die Programme der Parteien. Eine Wählerschaft, die mehrheitlich öffentlichen Investitionen keinen hohen Wert beimisst, führt zu einem entsprechend ausgerichteten Ausgabenportfolio der öffentlichen Hand – auch wenn für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes vielleicht eine andere Ausgabenpolitik sinnvoller wäre.

Quelle:

Jäger P. und T. Schmidt (2015): The Political Economy of Public Investment when Population is Aging – A Panel Cointegration Analysis. Ruhr Economic Paper #557. http://www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/ruhr-economic-papers/rep_15_557.pdf.

**Steigender Anteil an Senioren in der Wahlbevölkerung, sinkender Anteil öffentlicher Investitionen am Bruttoinlandsprodukt (BIP)**




*Quelle: OECD, AMECO, eigene Berechnungen.*

## Handlungsempfehlungen

- Um eine Verdrängung von Mitteln für öffentliche Investitionen durch steigende Rentenausgaben zu vermeiden, sollte ein weiterer Anstieg des gesetzlichen Rentenalters erwogen werden.
- Eine stärkere Nutzerfinanzierung, beispielsweise über den Ausbau des Mautsystems, könnte den Widerstand von Senioren gegenüber großen Infrastrukturprojekten abschwächen.
- Alternative Finanzierungsquellen für Investitionen wie etwa öffentlich-private-Partnerschaften (ÖPP) oder alternative Wahlmodelle wie das Familienwahlrecht sollten mit Blick auf die neuen Forschungsergebnisse diskutiert und abgewogen werden.

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)
Hohenzollernstr. 1–3
45128 Essen/Germany
Fon: +49 (0) 201-8149-0

Redaktion:
Katja Fels

Layout and Design:
Daniela Schwindt

© RWI
April 2016